

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 september 2019.

Art. 3. De Minister van Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.
Brussel, 27 maart 2019.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :
De Minister-President, belast met Gelijke Kansen en Vrouwenrechten,
R. DEMOTTE
De Minister van Onderwijs,
M.-M. SCHYNS

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/201394]

28. JUNI 2018 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;

Aufgrund des Operationellen Programms der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens für den Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Ziels "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung", so wie es von der Europäischen Kommission am 4. Dezember 2014 im Rahmen des Beschlusses Nr. C(2014)9436 gutgeheißen wurde;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 20. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. Juni 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 28. Juni 2018;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass das Pilotprojekt vor Beginn der Lehrvertragsabschlussperiode des Ausbildungsjahres 2018-2019 zum 1. Juli 2018 organisatorisch dergestalt vorbereitet werden muss, dass für Jugendliche, die sich in einer prekären pädagogischen und sozialen Notlage befinden, eine ausbildungs- und sozialrechtliche Sicherheit für die Aufnahme einer Anlehre im Rahmen der mittelständischen Grundausbildung ohne weitere Verzögerung gewährleistet werden kann;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung;

Beschließt:

Artikel 1 - In den Erlass der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 29. Oktober 2015, wird folgendes Kapitel XI.1 eingefügt:

"KAPITEL XI.1 - DIE ANLEHRE"

Art. 2 - In das Kapitel XI.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.1 eingefügt:

"Art. 34.1 - *Begriffsbestimmungen*

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. BIDA: das durch das Auswahlkomitee des Operationellen Programms der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des ESF am 7. November 2017 anerkannte Pilotprojekt "Berufliche Integration durch Ausbildungsbegleitung in der Dualen Ausbildung II", das am 24. November 2017 von der Regierung genehmigt wurde;

2. ESF: den Europäischen Sozialfonds gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates;

3. Lehrvertragsabschlussperiode: die Periode zum Abschluss von Lehrverträgen gemäß Artikel 19."

Art. 3 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.2 eingefügt:

"Art. 34.2 - *Ziel, Inhalt und Form der Anlehre*

Die Anlehre dient der individuellen Vorbereitung von Personen, die aufgrund unzureichender schulischer oder sozialer Kompetenzen einer gezielten Förderung bedürfen, um im Rahmen eines dualen Vorbereitungsjahres für einen erfolversprechenden Lehrverlauf ohne Lehrvertragsabbruch befähigt zu werden.

Die Anlehre umfasst eine praktische Ausbildung in einem durch das IAWM anerkannten Ausbildungsbetrieb, die durch Vorbereitungskurse zur Grundausbildung in einem ZAWM ergänzt wird.

Die Anlehre wird in Form eines mittelständischen Lehrvertrags im Rahmen der Anlehre zwischen dem Leiter des anerkannten Ausbildungsbetriebes, dem Lehrling in der Anlehre sowie gegebenenfalls seinem gesetzlichen Vertreter abgeschlossen. Der für die Ausbildung zuständige Minister legt auf Vorschlag des IAWM das Muster für den Lehrvertrag im Rahmen der Anlehre fest."

Art. 4 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.3 eingefügt:

"Art. 34.3 - Zulassung zur Anlehre und Bewerbungsverfahren

Die Anlehre richtet sich an Personen zwischen 15 und 25 Jahren, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen und sich bereit erklären, das Bewerbungsverfahren für die Anlehre und die Anlehre selber zu durchlaufen.

Die Zulassung zur Anlehre setzt ein erfolgreich absolviertes Bewerbungsverfahren voraus. Es werden höchstens zehn Personen zeitgleich zugelassen.

Das Bewerbungsverfahren erfolgt in der Lehrvertragsabschlussperiode.

In Abweichung von Absatz 3 können Schüler aus dem Teilzeitunterricht, dem Time-out und Lehrvertragsabbrecher aus dem 1. Lehrjahr nach erfolgreich durchlaufenem Bewerbungsverfahren auch außerhalb der Lehrvertragsabschlussperiode zur Anlehre zugelassen werden, insofern kein zulässiger Kandidat aus der Warteliste mehr vorhanden ist.

Das Bewerbungsverfahren fußt auf einer vom ZAWM in Zusammenarbeit mit der Person erstellten Bewerbungsakte. Die Bewerbungsakte umfasst:

1. den Nachweis eines Erstgesprächs zwischen der Person und dem ZAWM, das die Motivation der Person und bei Minderjährigen das Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten in Form eines Projektaufnahmeantrags zur Anlehre festhält;

2. den Nachweis der Teilnahme der Person an einer vom IAWM organisierten Aufnahmeprüfung zur mittelständischen Ausbildung. Das Bestehen der Aufnahmeprüfung ist nicht erforderlich;

3. einen vom ZAWM erstellten individuellen Förderplan für die Person, der auf die Motivation, die Ergebnisse der Aufnahmeprüfung und die Sozialkompetenzen der Person gründet. Die Erstellung des individuellen Förderplans setzt voraus, dass die Person zumindest an einem zweiten individuellen Gesprächstermin teilgenommen hat. Bei Bedarf können weitere Gesprächstermine mit der Person zwecks Erstellung des Förderplans vereinbart werden;

4. den Nachweis der erfolgreichen Suche der Person nach einem gemäß Kapitel III anerkannten Ausbildungsbetrieb. Der Nachweis ist durch ein schriftliches Einverständnis des Betriebes, die Person im Rahmen einer Anlehre zu betreuen, zu führen;

5. einen vom ZAWM erstellten, zusammenfassenden und mit dem Abschlussdatum versehenen Perspektivbericht, der dem Aufnahmeantrag als Entscheidungsgrundlage vorgelegt wird."

Art. 5 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.4 eingefügt:

"Art. 34.4 - Aufnahmeausschuss

Der Aufnahmeausschuss entscheidet, welcher Bewerber in die Anlehre aufgenommen wird.

Der Aufnahmeausschuss tagt während der Lehrvertragsabschlussperiode mindestens dreimal. Außerhalb der Lehrvertragsabschlussperiode kann der Aufnahmeausschuss auf Entscheidung des Vorsitzenden oder auf begründeten Antrag der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder tagen.

Der Ausschuss setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen, die von der Regierung auf Vorschlag der jeweiligen Einrichtungen bestellt werden:

1. ein Vertreter des Zentrums für Förderpädagogik;
2. ein Vertreter des für die Pädagogik zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
4. ein Mitarbeiter des ZAWM, zuständig für das Pilotprojekt BIDA;
5. ein Lehrlingssekretär des IAWM;
6. ein Vertreter des ZAWM, an dem die Kurse zur Anlehre erteilt werden;
7. ein Vertreter des Verwaltungsrats des IAWM.

Die Regierung bestellt auf Vorschlag der jeweiligen Einrichtungen für jedes effektive Mitglied ein Ersatzmitglied.

Der Geschäftsführende Direktor des IAWM oder sein Vertreter übernimmt den Vorsitz. Der Vorsitzende ist nicht stimmberechtigt.

Der Vorsitzende bestellt den Sekretär. Der Sekretär ist nicht stimmberechtigt.

Der Vorsitzende kann externe Experten zu den Sitzungen einladen. Die Experten sind nicht stimmberechtigt.

Um eine Abstimmung durchführen zu können, müssen mindestens drei stimmberechtigte Vertreter anwesend sein. Die Entscheidung wird mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt."

Art. 6 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.5 eingefügt:

"Art. 34.5 - Entscheidung des Aufnahmeausschusses und Einspruchsverfahren

Wenn die Bewerbungsakte dem Vorsitzenden vollständig vorliegt, legt er die Bewerbung dem Aufnahmeausschuss zur Entscheidung vor.

Die Bewerber zur Anlehre, deren Bewerbungsakte durch den Aufnahmeausschuss positiv bewertet wurde, werden nach dem Datum des Perspektivberichts gemäß Artikel 34.3 Absatz 5 Nummer 5 klassiert. Es werden höchstens zehn Bewerber zeitgleich zugelassen. Weitere Bewerber können in die Warteliste aufgenommen werden.

Die begründete Entscheidung des Aufnahmeausschusses wird den Personen und gegebenenfalls auch ihren Erziehungsberechtigten spätestens fünf Arbeitstage nach der Entscheidung durch das IAWM per Einschreiben übermittelt.

Gegen diese Entscheidung kann bis spätestens fünf Arbeitstage nach Übermittlung der Entscheidung schriftlich ein begründeter Einspruch beim Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses eingelegt werden. Der Vorsitzende kann Einsicht in alle zweckdienlichen Unterlagen des Bewerbungsverfahrens beim Pilotprojekt BIDA erhalten und teilt der Person und gegebenenfalls ihren Erziehungsberechtigten innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Beschwerde per Einschreiben seine Entscheidung mit."

Art. 7 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.6 eingefügt:

"Art. 34.6 - Geschäftsordnung des Aufnahmeausschusses

Der Aufnahmeausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, die von der Regierung genehmigt wird. Die Geschäftsordnung hält folgende Themen fest:

1. die Form der Einberufung des Aufnahmeausschusses;
2. den Versand der zu beratenden Dokumente;
3. die Form der zu beratenden Dokumente;
4. die Modalitäten zur Festlegung der Tagesordnung;
5. die Form der Durchführung der Sitzungen;
6. die Vorkehrungen im Falle der Befangenheit von Mitgliedern;
7. die Berücksichtigung der Auflagen des Datenschutzes;
8. die Wahrung der Vertraulichkeit der Beratungen;
9. die Form der Sitzungsprotokolle."

Art. 8 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.7 eingefügt:

"Art. 34.7 - Kurse in der Anlehre

Die Kurse in der Anlehre finden an zwei Tagen pro Woche entsprechend dem von der Regierung genehmigten Programm in einem ZAWM statt. Die Kurse in der Anlehre umfassen keine berufsspezifischen Fachkurse. Die im Betrieb vermittelten beruflichen Kompetenzen dienen der Vorbereitung auf die berufsspezifischen Inhalte des ersten Lehrjahres des jeweiligen Ausbildungsberufes."

Art. 9 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.8 eingefügt:

"Art. 34.8 - Verlauf der Anlehre

Die Anlehre endet am 30. Juni. Sie dauert höchstens ein Jahr und kann nicht verlängert werden.

Die Lehrverträge im Rahmen der Anlehre der Personen, die nicht zum 30. Juni den Nachweis einer erfolgreich abgeschlossenen Aufnahmeprüfung gemäß Artikel 5 erbringen, werden von Rechts wegen aufgelöst.

In Abweichung von Artikel 18 § 3 kann die Höchstdauer des Lehrvertrags um die Höchstdauer einer Anlehre verlängert werden."

Art. 10 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.9 eingefügt:

"Art. 34.9 - Rechte und Pflichten der Vertragsparteien in der Anlehre

Für die Dauer der Anlehre gelten für den Betriebsleiter, den Ausbilder und den Lehrling in der Anlehre dieselben Rechte und Pflichten wie für die Vertragsparteien in der Lehre, mit Ausnahme der Möglichkeit der Aussetzung des Lehrvertrags gemäß Artikel 22.

Unbeschadet von Absatz 1 zahlt der Betriebsleiter dem Lehrling in der Anlehre die in Artikel 15 Nummer 16 Buchstabe a) angeführte monatliche Mindestentschädigung aus."

Art. 11 - In dasselbe Kapitel desselben Erlasses wird folgender Artikel 34.10 eingefügt:

"Art. 34.10 - Abweichung zur Lehrvertragsabschlussperiode

Das IAWM kann jenen Personen eine Abweichung der in Artikel 19 § 1 angeführten Bestimmungen gewähren, die zur Anlehre zugelassen werden."

Art. 12 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2018 in Kraft und endet am 30. Juni 2020.

Art. 13 - Der für die Ausbildung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 28. Juni 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/201394]

28 JUIN 2018. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le règlement (UE) n° 1304/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 relatif au Fonds social européen et abrogeant le règlement (CE) n° 1081/2006 du Conseil;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation;

Vu le « Programme Opérationnel FSE 2014-2020, Communauté germanophone de Belgique » en vue d'un soutien du Fonds social européen au titre de l'objectif « Investissement pour la croissance et l'emploi » pour la Communauté germanophone en Belgique, tel qu'approuvé le 4 décembre 2014 par la Commission européenne dans le cadre de la décision C(2014)9436;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 20 juin 2018;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 15 juin 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 28 juin 2018;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le projet pilote doit être préparé, d'un point de vue organisationnel, avant le début de la période de conclusion des contrats d'apprentissage de l'année de formation 2018-2019, à savoir le 1^{er} juillet 2018, qu'il faut garantir sans délai aux jeunes se trouvant dans une situation pédagogique et sociale précaire une sécurité des droits à la formation et des droits sociaux pour l'admission à une formation élémentaire dans le cadre de la formation de base dans les classes moyennes;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération;

Arrête :

Article 1^{er} - Dans l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 29 octobre 2015, il est inséré un chapitre XI.1 rédigé comme suit :

« Chapitre XI.1 - La formation élémentaire ».

Art. 2 - Dans le chapitre XI.1 du même arrêté, il est inséré un article 34.1 rédigé comme suit :

« Art. 34.1 - *Définitions*

Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1^o BIDA : le projet pilote « Intégration professionnelle par l'accompagnement dans le cadre de la formation en alternance II », reconnu le 7 novembre 2017 par le comité de sélection du programme opérationnel de la Communauté germanophone dans le cadre du FSE et approuvé par le Gouvernement en date du 24 novembre 2017;

2^o FSE : le Fonds social européen conformément au règlement (UE) n^o 1304/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 relatif au Fonds social européen et abrogeant le règlement (CE) n^o 1081/2006 du Conseil;

3^o période de conclusion des contrats d'apprentissage : la période durant laquelle les contrats d'apprentissage sont conclus au sens de l'article 19. »

Art. 3 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.2 rédigé comme suit :

« Art. 34.2 - *Objectif, contenu et forme de la formation élémentaire*

La formation élémentaire sert à la préparation individuelle de personnes qui, en raison de compétences scolaires ou sociales insuffisantes, ont besoin d'un soutien ciblé - par une année préparatoire dans le cadre d'une formation en alternance - afin d'être à même de suivre un cursus d'apprentissage prometteur sans interruption du contrat d'apprentissage.

La formation élémentaire comprend une formation pratique dans une entreprise formatrice agréée par l'IAWM, formation complétée par des cours préparatoires à la formation de base dans un ZAWM.

La formation élémentaire prend la forme d'un contrat d'apprentissage en formation élémentaire dans les classes moyennes, conclu entre le chef de l'entreprise formatrice, l'apprenti en formation élémentaire ainsi que, le cas échéant, son représentant légal. Le ministre compétent pour la formation fixe, sur proposition de l'IAWM, le modèle du contrat d'apprentissage en formation élémentaire. »

Art. 4 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.3 rédigé comme suit :

« Art. 34.3 - *Admission à la formation élémentaire et procédure de candidature*

La formation élémentaire s'adresse aux personnes âgées de 15 à 25 ans qui ne sont plus soumises à l'obligation scolaire à temps plein et se déclarent prêtes à participer à la procédure de candidature pour la formation élémentaire et à la formation élémentaire elle-même.

L'admission à la formation élémentaire est conditionnée par la réussite d'une procédure de candidature. Dix personnes au plus sont admises en même temps.

La procédure de candidature se déroule pendant la période de conclusion des contrats d'apprentissage.

Par dérogation à l'alinéa 3, les élèves de l'enseignement à temps partiel, de la structure d'accrochage scolaire et les apprentis de première année ayant interrompu leur contrat d'apprentissage peuvent aussi, après avoir réussi la procédure de candidature, être admis dans la formation élémentaire en dehors de la période de conclusion des contrats d'apprentissage dans la mesure où la liste d'attente ne comporte plus de candidat admissible.

La procédure de candidature s'appuie sur un dossier de candidature établi par le ZAWM en coopération avec la personne. Ce dossier comprend :

1^o la preuve qu'un premier entretien a eu lieu entre la personne et le ZAWM, entretien qui consigne, sous la forme d'une demande d'admission au projet de formation élémentaire, la motivation de la personne et, pour les mineurs, l'accord des personnes chargées de leur éducation;

2^o la preuve que la personne a participé à un examen d'admission à la formation des classes moyennes, organisé par l'IAWM. La réussite de l'examen d'admission n'est pas requise;

3^o un plan de soutien individuel pour la personne, établi par le ZAWM et se basant sur la motivation, les résultats de l'examen d'admission et les compétences sociales de la personne. L'établissement du plan de soutien individuel présuppose que la personne a au moins participé à un deuxième entretien individuel. Si besoin est, d'autres entretiens peuvent être convenus avec la personne pour établir le plan de soutien;

4^o la preuve que la personne a recherché avec succès une entreprise de formation reconnue conformément au chapitre III. La preuve sera apportée par l'accord écrit de l'entreprise qui encadre la personne dans le cadre de la formation élémentaire;

5^o un rapport de perspectives établi par le ZAWM, résumant la situation et muni d'une date de clôture, qui est présenté comme base de décision à la commission d'admission. »

Art. 5 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.4 rédigé comme suit :

« Art. 34.4 - *Commission d'admission*

La commission d'admission décide quel candidat sera admis dans la formation élémentaire.

La commission d'admission siège au moins trois fois pendant la période de conclusion des contrats d'apprentissage. En dehors de cette période, la commission d'admission peut siéger sur décision du président ou sur demande motivée de la majorité des membres ayant voix délibérative.

La commission se compose des membres suivants ayant voix délibérative et désignés par le Gouvernement sur proposition des différentes institutions :

1^o un représentant du centre de pédagogie de soutien;

2^o un représentant du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de pédagogie;

3^o un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

4^o un collaborateur du ZAWM, compétent pour le projet pilote BIDA;

- 5° un secrétaire d'apprentissage de l'IAWM;
- 6° un représentant du ZAWM où sont dispensés les cours de formation élémentaire;
- 7° un représentant du conseil d'administration de l'IAWM.

Pour chaque membre effectif, le Gouvernement désigne un suppléant sur la proposition des différentes institutions. Le directeur délégué de l'IAWM ou son représentant assure la présidence. Le président n'a pas voix délibérative. Le président désigne le secrétaire. Celui-ci n'a pas voix délibérative.

Le président peut convier des experts externes aux séances. Ceux-ci n'ont pas voix délibérative.

Pour pouvoir procéder au vote, au moins trois représentants ayant voix délibérative doivent être présents. La décision est prise à la majorité des membres présents. Les abstentions ne sont pas autorisées. En cas de parité des voix, la demande est censée être rejetée. »

Art. 6 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.5 rédigé comme suit :

« Art. 34.5 - *Décision de la commission d'admission et procédure de recours*

Lorsque le président dispose du dossier de candidature, il soumet la candidature à la commission d'admission pour décision.

Les candidats à la formation élémentaire dont le dossier de candidature a été évalué de manière positive par la commission d'admission sont classés conformément à l'article 34.3, alinéa 5, 5°, suivant la date du rapport de perspectives. Dix candidats au plus sont admis en même temps. Les autres candidats peuvent être inscrits sur une liste d'attente.

Au plus tard cinq jours ouvrables après la prise de décision, l'IAWM transmet la décision motivée de la commission d'admission par recommandé aux personnes et, le cas échéant, aussi aux personnes chargées de leur éducation.

Au plus tard cinq jours ouvrables après la transmission de cette décision, un recours motivé peut être introduit par écrit auprès du président de la commission d'admission. Le président peut consulter tous les documents utiles de la procédure de candidature au projet pilote BIDA et, dans les dix jours ouvrables suivant la réception du recours, il communique sa décision par recommandé à la personne et, le cas échéant, aux personnes chargées de son éducation. »

Art. 7 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.6 rédigé comme suit :

« Art. 34.6 - *Règlement d'ordre intérieur de la commission d'admission*

La commission d'admission se dote d'un règlement d'ordre intérieur approuvé par le Gouvernement. Le règlement d'ordre intérieur détermine :

- 1° la forme de la convocation de la commission d'admission;
- 2° l'envoi des documents objets de la délibération;
- 3° la forme des documents objets de la délibération;
- 4° les modalités de fixation de l'ordre du jour;
- 5° la forme d'organisation des séances;
- 6° les mesures à prendre en cas de partialité des membres;
- 7° le respect des obligations en matière de protection des données;
- 8° le respect de la confidentialité des délibérations;
- 9° la forme des procès-verbaux. »

Art. 8 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.7 rédigé comme suit :

« Art. 34.7 - *Cours de la formation élémentaire*

Les cours de la formation élémentaire sont dispensés deux jours par semaine dans un ZAWM conformément au programme approuvé par le Gouvernement. Ils ne comprennent pas de cours de qualification technique propres à la profession. Les compétences professionnelles transmises en entreprise servent à préparer aux contenus de la première année d'apprentissage propres à la profession faisant l'objet de la formation. »

Art. 9 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.8 rédigé comme suit :

« Art. 34.8 - *Déroulement de la formation élémentaire*

La formation élémentaire se termine le 30 juin. Elle dure un an au plus et ne peut être prolongée.

Les contrats d'apprentissage conclus dans le cadre de la formation élémentaire sont résiliés de plein droit pour les personnes qui au 30 juin n'apportent pas, conformément à l'article 5, la preuve qu'elles ont réussi l'examen d'admission.

Par dérogation à l'article 18, § 3, la durée maximale du contrat d'apprentissage peut être prolongée de la durée maximale de la formation élémentaire. »

Art. 10 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.9 rédigé comme suit :

« Art. 34.9 - *Droits et obligations des parties en cas de formation élémentaire*

Pour la durée de la formation élémentaire, le chef d'entreprise, le formateur et l'apprenti en formation élémentaire ont les mêmes droits et obligations que les parties à un contrat d'apprentissage, à l'exception de la possibilité d'interrompre le contrat d'apprentissage conformément à l'article 22.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le chef d'entreprise paie à l'apprenti en formation élémentaire l'indemnité mensuelle minimale mentionnée à l'article 15, 16°, a). »

Art. 11 - Dans le même chapitre du même arrêté, il est inséré un article 34.10 rédigé comme suit :

« 34.10 - *Dérogation à la période de conclusion des contrats d'apprentissage*

L'IAWM peut accorder une dérogation aux dispositions mentionnées à l'article 19, § 1^{er}, aux personnes admises en formation élémentaire. »

Art. 12 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 2018 et devient caduc le 30 juin 2020.

Art. 13 - Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 28 juin 2018.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/201394]

28 JUNI 2018. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 4 juni 2009 betreffende de vaststelling van de opleidingsvoorwaarden voor middenstandsléerlingen en opleidingsondernemingen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de Verordening (EU) nr. 1304/2013 van het Europees Parlement en van de Raad van 17 december 2013 betreffende het Europees Sociaal Fonds en tot intrekking van Verordening (EG) nr. 1081/2006 van de Raad;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het besluit van de Regering van 4 juni 2009 betreffende de vaststelling van de opleidingsvoorwaarden voor middenstandsléerlingen en opleidingsondernemingen;

Gelet op het operationeel programma van de Duitstalige Gemeenschap van België voor het Europees Sociaal Fonds (ESF) 2014-2020 in het kader van de doelstelling "Investeren in groei en werkgelegenheid", zoals het werd goedgekeurd door de Europese Commissie op 4 december 2014 in het kader van besluit C(2014)9436;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, gegeven op 20 juni 2018;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 15 juni 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 28 juni 2018;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gemotiveerd wordt door de omstandigheid dat het proefproject, vóór het begin van de periode waarin voor het opleidingsjaar 2018-2019 een leerovereenkomst kan worden gesloten, op 1 juli 2018 organisatorisch zo voorbereid moet zijn dat jongeren die zich in een precare pedagogische en sociale noodsituatie bevinden, vanuit opleidingsoogpunt en sociaalrechtelijk oogpunt zeker kunnen zijn dat ze zonder verdere vertraging opgenomen kunnen worden in een aanloopleertijd in het kader van de basisopleiding van de middenstand;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Opleiding;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1 - In het besluit van de Regering van 4 juni 2009 betreffende de vaststelling van de opleidingsvoorwaarden voor middenstandsléerlingen en opleidingsondernemingen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 29 oktober 2015, wordt een hoofdstuk XI.1 ingevoegd, luidende :

"HOOFDSTUK XI.1 - DE AANLOOPLEERTIJD"

Art. 2 - In hoofdstuk XI.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.1 - *Definities*

Voor de toepassing van dit hoofdstuk verstaat men onder :

1° BIDA : het proefproject "Beroepsintegratie door opleidingsbegeleiding in de duale opleiding II" dat op 7 november 2017 door het selectiecomité van het operationele programma van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van het ESF erkend werd en dat op 24 november 2017 door de Regering goedgekeurd werd;

2° ESF : het Europees Sociaal Fonds overeenkomstig de Verordening (EU) nr. 1304/2013 van het Europees Parlement en van de Raad van 17 december 2013 betreffende het Europees Sociaal Fonds en tot intrekking van Verordening (EG) nr. 1081/2006 van de Raad;

3° periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten: de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten overeenkomstig artikel 19."

Art. 3 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.2 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.2 - *Doel, inhoud en vorm van de aanloopleertijd*

De aanloopleertijd is bedoeld als individuele voorbereiding van personen die door ontoereikende schoolcompetenties of ontoereikende sociale competenties gerichte ondersteuning nodig hebben om in het kader van een duaal voorbereidingsjaar de nodige rijpheid te verwerven om een leertijd kansrijk en zonder verbreking van de leerovereenkomst te kunnen doorlopen.

De aanloopleertijd omvat een praktische opleiding in een door het IAWM erkende opleidingsonderneming, aangevuld met cursussen die voorbereiden op de basisopleiding.

De aanloopleertijd heeft de vorm van een leerovereenkomst in de middenstand; die leerovereenkomst in het kader van de aanloopleertijd wordt gesloten tussen het hoofd van de erkende opleidingsonderneming, de leerling in de aanloopleertijd en, in voorkomend geval, zijn wettelijke vertegenwoordiger. De minister bevoegd voor Opleiding legt het model van de leerovereenkomst in het kader van de aanloopleertijd vast op voorstel van het IAWM.

Art. 4 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.3 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.3 - *Toelating tot de aanloopleertijd en sollicitatieprocedure*

De aanloopleertijd richt zich tot personen tussen 15 en 25 jaar die niet meer onder de voltijdse leerplicht vallen en zich bereid verklaren om de sollicitatieprocedure voor de aanloopleertijd én de aanloopleertijd zelf te doorlopen.

Tot de aanloopleertijd worden alleen personen toegelaten die de sollicitatieprocedure met succes hebben doorlopen. Er worden hoogstens tien personen tegelijk toegelaten.

De sollicitatieprocedure valt binnen de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten.

In afwijking van het derde lid kunnen scholieren uit het deeltijds onderwijs, scholieren uit de time-outinstellingen en personen die hun leerovereenkomst in het eerste jaar van de leertijd hebben afgebroken, ook buiten de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten toegelaten worden tot de aanloopleertijd nadat ze de sollicitatieprocedure met succes hebben doorlopen, op voorwaarde dat er geen in aanmerking komende kandidaat meer op de wachtlijst staat.

De sollicitatieprocedure is gebaseerd op een sollicitatiedossier dat het ZAWM, in samenwerking met betrokkene, opmaakt. Het sollicitatiedossier omvat :

1° het bewijs van een eerste gesprek tussen betrokkene en het ZAWM; daarin wordt de motivatie van betrokkene en - bij minderjarigen - de instemming van de personen belast met de opvoeding vastgelegd in de vorm van een aanvraag om toegelaten te worden tot het project;

2° het bewijs dat betrokkene heeft deelgenomen aan een door het IAWM georganiseerd examen om toegelaten te worden tot de middenstandsopleiding. Slagen voor het toelatingsexamen is niet noodzakelijk;

3° een door het ZAWM opgesteld individueel ondersteuningsplan voor betrokkene, gebaseerd op de motivatie, de uitslagen van het toelatingsexamen en de sociale competenties van betrokkene. Het individuele ondersteuningsplan wordt alleen opgemaakt als betrokkene minstens heeft deelgenomen aan een tweede individueel gesprek. Zo nodig kunnen nog verdere gesprekken met betrokkene gepland worden om het ondersteuningsplan op te stellen;

4° het bewijs dat betrokkene met succes gezocht heeft naar een opleidingsonderneming die overeenkomstig hoofdstuk III erkend is. Dat bewijs blijkt uit een schriftelijke toestemming van de onderneming om betrokkene in het kader van een aanloopleertijd te begeleiden;

5° een samenvattend perspectiefverslag, opgesteld door het ZAWM en voorzien van de ondertekeningdatum; dat verslag wordt als beslissingsgrondslag voorgelegd aan de commissie die beslist over de toelating tot de aanloopleertijd."

Art. 5 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.4 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.4 - Commissie die beslist over de toelating tot de aanloopleertijd

De commissie beslist welke sollicitant tot de aanloopleertijd wordt toegelaten.

Tijdens de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten, komt de commissie minstens drie keer bijeen. Op initiatief van de voorzitter of na een gemotiveerd verzoek van de meerderheid van de stemgerechtigde leden kan de commissie ook bijeenkomen buiten de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten.

De Regering wijst de stemgerechtigde leden van de commissie aan op voorstel van de betrokken instellingen; de commissie is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:

1° een vertegenwoordiger van het Centrum voor bevorderingspedagogiek :

2° een vertegenwoordiger van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor pedagogie :

3° een vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

4° een medewerker van het ZAWM, bevoegd voor het BIDA-proefproject;

5° een leersecretaris van het IAWM;

6° een vertegenwoordiger van het ZAWM waar de cursussen van de aanloopleertijd gegeven worden;

7° een vertegenwoordiger van de raad van bestuur van het IAWM.

Voor elk werkend lid wijst de Regering - op voorstel van de betrokken instellingen - een plaatsvervangend lid aan.

De afgevaardigd directeur van het IAWM of diens vertegenwoordiger is voorzitter van de commissie. De voorzitter is niet stemgerechtigd.

De voorzitter wijst de secretaris aan. De secretaris is niet stemgerechtigd.

De voorzitter kan externe deskundigen uitnodigen om de bijeenkomsten bij te wonen. De deskundigen zijn niet stemgerechtigd.

Om te kunnen stemmen, moeten minstens drie stemgerechtigden aanwezig zijn. De beslissing wordt bij eenvoudige meerderheid van de aanwezigen genomen. Stemonthoudingen zijn niet toegestaan. Bij staking van stemmen wordt de aanvraag als afgewezen beschouwd."

Art. 6 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.5 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.5 - Beslissing van de commissie en beroepsprocedure

Als de voorzitter het volledige sollicitatiedossier heeft, legt hij de sollicitatie ter beslissing voor aan de commissie.

De kandidaten voor een aanloopleertijd die op basis van hun sollicitatiedossier positief beoordeeld werden door de commissie, worden gerangschikt op basis van de datum van het perspectiefverslag vermeld in artikel 34.3, vijfde lid, 5°. Er worden hoogstens tien kandidaten tegelijk toegelaten. De overige kandidaten kunnen op de wachtlijst geplaatst worden.

Het IAWM zendt de gemotiveerde beslissing van de commissie per aangetekend schrijven aan de betrokken personen en, in voorkomend geval, aan de personen belast met hun opvoeding; het doet dit uiterlijk vijf werkdagen na de beslissing.

Tegen die beslissing kan tot uiterlijk vijf werkdagen na verzending van de beslissing schriftelijk een met reden omkleed beroep ingesteld worden bij de voorzitter van de commissie. De voorzitter kan inzage krijgen in alle stukken die nuttig zijn voor de procedure waarbij gesolliciteerd naar een plaats in het BIDA-proefproject en deelt zijn beslissing binnen tien werkdagen na ontvangst van het beroep aangetekend mee aan de betrokkene en in voorkomend geval aan de personen belast met de opvoeding."

Art. 7 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.6 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.6 - Huishoudelijk reglement van de commissie

De commissie stelt een huishoudelijk reglement op dat door de Regering wordt goedgekeurd. In het huishoudelijk reglement wordt het volgende vastgelegd :

1° de manier waarop de commissie bijengeroepen wordt;

2° de verzending van de te bespreken stukken;

3° de vorm van de te bespreken stukken;

4° de nadere regels om de agenda vast te leggen;

5° het verloop van de vergaderingen;

6° de schikkingen die getroffen moeten worden bij wraking van leden;

7° de inachtneming van de verplichtingen inzake gegevensbescherming;

8° het waarborgen van de vertrouwelijkheid van de beraadslagingen;

9° de vorm van de notulen."

Art. 8 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.7 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.7 - Cursussen in de aanlooptijd"

De cursussen in de aanlooptijd vinden twee dagen per week plaats in een ZAWM, overeenkomstig het door de Regering goedgekeurde programma. De cursussen in de aanlooptijd omvatten geen beroepsspecifieke cursussen beroepsopleiding. De in de onderneming aangeleerde beroepscompetenties dienen ter voorbereiding op de beroepsspecifieke inhoud van het eerste jaar van de leertijd van het opleidingsberoep in kwestie."

Art. 9 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.8 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.8 - Verloop van de aanlooptijd"

De aanlooptijd eindigt op 30 juni. Hij duurt hoogstens één jaar en kan niet verlengd worden.

De leerovereenkomsten in het kader van de aanlooptijd van de personen die uiterlijk op 30 juni niet hebben bewezen dat ze overeenkomstig artikel 5 geslaagd zijn voor het toelatingsexamen, worden van rechtswege ontbonden.

In afwijking van artikel 18, § 3, kan de maximale duur van de leerovereenkomst verlengd worden met de maximale duur van een aanlooptijd."

Art. 10 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.9 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.9 - Rechten en plichten van de partijen bij de aanlooptijd"

Voor de duur van de aanlooptijd gelden voor het ondernemingshoofd, de opleider en de leerling die betrokken zijn bij de aanlooptijd dezelfde rechten en plichten als voor de partijen die betrokken zijn bij de leertijd, met uitzondering van de mogelijkheid om de leerovereenkomst overeenkomstig artikel 22 te schorsen.

Onverminderd het eerste lid betaalt het ondernemingshoofd de maandelijks minimale leertoelage vermeld in artikel 15, 16°, a), uit aan de leerling die zich in de aanlooptijd bevindt."

Art. 11 - In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde besluit wordt een artikel 34.10 ingevoegd, luidende :

"Art. 34.10 - Afwijking van de periode waarin leerovereenkomsten kunnen worden gesloten"

Het IAWM kan een afwijking van de bepalingen vermeld in artikel 19, § 1, toekennen aan de personen die tot de aanlooptijd toegelaten worden."

Art. 12 - Dit besluit treedt in werking op 1 juli 2018 en treedt buiten werking op 30 juni 2020.

Art. 13 - De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 28 juni 2018.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/201289]

9. JANUAR 2019 — Erlass der Regierung zur Genehmigung des Ausbildungsprogramms der Anlehre (AN01/2018)

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht, Artikel 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe, Artikel 34.7 eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens der Kommission zur Anerkennung von Ausbildungen in Anwendung von Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht vom 16. Juli 2018;

In Erwägung der Vorschläge des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 22. Juni 2018, 11. September 2018 und 26. Oktober 2018;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Das Ausbildungsprogramm der Anlehre (AN01/2018), das vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen für die individuelle Vorbereitung von Personen angeboten wird, die aufgrund unzureichender schulischer oder sozialer Kompetenzen einer gezielten Förderung bedürfen, um im Rahmen eines dualen Vorbereitungsjahres für einen erfolgversprechenden Lehrverlauf ohne Lehrvertragsabbruch befähigt zu werden, erfüllt die Bedingungen der Teilzeitschulpflicht gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht.

Art. 2 - Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen veröffentlicht das Ausbildungsprogramm der Anlehre (AN01/2018) auf seiner Webseite. Die Lehrlingssekretariate bringen den Lehrvertragsparteien das Ausbildungsprogramm der Anlehre (AN01/2018) zur Kenntnis.

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und endet am 30. Juni 2020.

Art. 4 - Der für die Ausbildung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. Januar 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS